

ORTSPÖST

Hofkirchen

MIT ROTER FEDER

32/2016

Zugestellt durch Post.at



Frohe Weihnachten
und ein gesundes, erfolgreiches
neues Jahr!





*Ewald Mairhofer
Fraktionsvorsitzender*

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich wieder dem Ende. Geprägt nicht nur durch Wahlkrisen und zeitweilige Hacheleien in der Koalition und der Opposition auf Bundesebene ist in unserer schönen Gemeinde Hofkirchen sehr viel geschehen.

Die Gemeinderäte der SPÖ Hofkirchen engagieren sich selbstverständlich bei allen wichtigen und vernünftigen Punkten im Gemeindegesehen. Aus diesem Grund verzichten wir auf laufende Informationen in einem eigenen Informationsblatt. Laufende Informationen werden ja des öfteren im Jahr im Gemeindegblatt und diversen Parteiblättern mitgeteilt. Gerade nach der letzten Gemeinderatswahl wurde unsere Parteienstruktur bunter. Unser Vorschlag eine Gemeindezeitung gemeinsam mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien zu gestalten wurde leider von der ÖVP abgelehnt. Selbstverständlich ist es auch in unserem Sinne allen Jubilaren zu gratulie-

Liebe Hofkirchnerinnen! Liebe Hofkirchner!

ren. Aber wir finden es nicht unbedingt sinnvoll das alle regelmäßig das gleiche berichten. Gerade in den letzten Jahren wurde sehr viel in die Erneuerung der Infrastruktur in Hofkirchen investiert. Kanal-, Wasser- und Hauptschulsanierung stehen vor der Fertigstellung. Unsere Unterstützung und Zustimmung waren in diesen Punkten selbstverständlich.

Grösseren Schaden abgewehrt:
Nach 8 Jahren Abenteuer mit einem Zinstauschgeschäft wurde nun vorzeitig die Reißleine gezogen um die Gemeinde vor noch größerem Schaden zu bewahren. Den vorzeitigen Ausstieg unterstützte die SPÖ Organisation trotz des „Neins“ beim Abschluss um einen noch größeren Schaden zu vermeiden. Trotz der mehrmaligen Warnung nicht mit Steuergeld zu spekulieren wurde dieser „Deal“ alleine mit den Stimmen der ÖVP beschlossen. „Als eine todsichere Sache“, wurde dieses Geschäft gepriesen, und die Warnungen von SPÖ und Grüne wurden in den Wind geschlagen. Nach 8 Jahren stand nun die Gemeinde mit einem satten Minus da. Nach langen Verhandlungen unseres Bürgermeisters und eines Rechtsanwaltes ist es nun gelungen, das die Bank auf einen Teil verzichtet und die Gemeinde

trotzdem noch 428.500,- Euro 30 Jahre lang abstottern muss.

Hin und wieder einmal auf die Opposition zu hören hätte in diesem Fall unserer Gemeinde sehr viel Geld gespart.

MIT STEUERGELD SPEKULIERT MAN NICHT.

In den nächsten Jahren stehen trotzdem noch herausfordernde Projekte an die uns alle fordern werden. Kindergarten, Musikheim und Sanierung des Turnsaales stehen auf der Wunschliste. Wir werden dies natürlich aus vollster Kraft unterstützen. Sinnvolle und notwendige Projekte zu fördern ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Unsere weibliche Verstärkung im Gemeinderat Frau Monika Karl hat heuer wieder eine Ferienfahrt für unsere Kleinsten organisiert und die Schulanfänger mit einer Schultüte überrascht. Herzlichen Dank dafür. Einen kurzen Bericht sehen Sie nebenan.

Gerne stehen wir für Wünsche Beschwerden und Anregungen zur Verfügung.

Wir wünschen allen Hofkirchnerinnen und Hofkirchnern einige ruhige Stunden im Advent, ein schönes, friedvolles Weihnachtsfest und alles Gute im Neuen Jahr.

„Gedanken über CETA und TTIP“

Geschätzte GemeindegängerInnen!

Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP zwischen der EU und Kanada bzw. USA sind derzeit in aller Munde und werden oft heiß diskutiert.

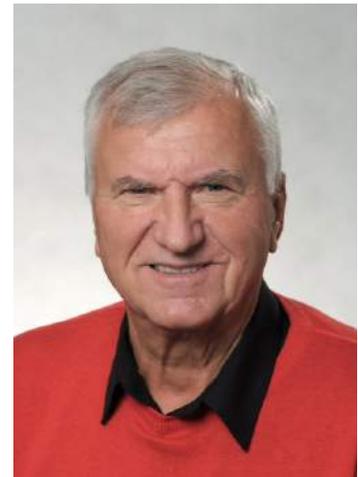
Auf der einen Seite gehts um die Vorteile, wie steigende Exporte, keine Zölle für Industriegüter, Wirtschaftswachstum, neue Arbeitsplätze, auf der Gegenseite stehen Genmais bzw. Genpflanzen, Bedrohung der Lebensmittelsicherheit, geheime Verhandlungen, sinkende Standards, unfaire Schiedsgerichte, Klagsmöglichkeiten von Investoren, sowie überboardender Konzerninfluss durch Regulierungszusammenarbeit. Die sogenannte „Regulierungszusammenarbeit“ würde es Lobbyisten und Konzernvertretern erlauben, Gesetzesentwürfe zu beeinflussen, noch bevor diese in den Parlamenten diskutiert werden. Unter dem Deckmantel des „Abbaus von Handelshemmnissen“ könnten so wichtige Schutzstandards unter Umgehung der Parlamente gesenkt werden.

Es ist schade, dass die Verhandlungen über CETA und TTIP über Jahre geheim gehalten wurden, viele können sich deshalb darunter nichts vorstellen, vor allem weil damit die grund-

legenden Menschenrechte für den Schutz der Sozialsysteme, der Lebensgrundlagen, der Landwirtschaft, der Natur, der Gesundheit usw. ausgehebelt werden können.

Bedenklich ist auch, dass der EU Chef Jean-Claude Juncker plante, das umstrittene Freihandelsabkommen CETA an den nationalen Parlamenten vorbeizuschleusen, bevor er von der allgemeinen Empörung gestoppt wurde. Der jetzige EU Chef Juncker war 24 Jahre in Luxemburg in der Regierung, bevor er wegen einigen Affären zurücktreten musste. Als Juncker dann Kommissionspräsident der EU wurde, ist bekannt worden, dass sein Land in seiner Amtszeit komplizierte, fragwürdige Steuerabkommen mit mehr als 300 internationalen Konzernen abgeschlossen hatte, etwa mit Apple, Amazon, Ikea usw. Mit Juncker als Paten wurde das Großherzogtum Lichtenstein zur Steueroase und zum Schlaraffenland für Konzerne. Kann sich so einer für eine gerechte Verteilung der Globalisierungsgewinne einsetzen?

Erst nachdem zuerst unser SPÖ Bundeskanzler Kern auf „Beipackzettel“ im Interesse Österreichs gepocht hatte und später der Wallonische Ministerpräsident Magnette auf die Aufnahme



August Moser
SPÖ-Vorsitzender

von Zusatzklärungen bestand, wurde der CETA Vertrag am 30.10.2016 unterzeichnet, man darf gespannt sein, was mit all den Forderungen und Zusatzklärungen passiert und wie sie sich auf den CETA Vertrag auswirken!

Wie geht's weiter: Als nächstes muss das EU Parlament und das Kanadische Parlament mit einfacher Mehrheit zeitgleich, voraussichtlich noch im Dezember, zustimmen. Wenn das geschehen ist, soll der Großteil des Vertrages ab Jänner 2017 „vorläufig“ angewendet werden. Dann erst kommen die nationalen und zahlreiche regionale Parlamente der EU zum Zug. Erst dann wird man sehen, wie es um die Einigkeit in der EU steht, ob der CETA Vertrag noch gestoppt werden kann und wer dann wirklich davon profitiert.

Ich wünsche allen HofkirchnerInnen ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr!



Wie auch schon im Jahr zuvor, wurde auch heuer ein Ausflug der SPÖ Ortsgruppe Hofkirchen für das Ferienprogramm organisiert. Der geplante Ausflug „IKUNA“, fiel leider nach vielen schönen sonnigen Tagen wegen eines Starkregens am Ausflugstag im wahrsten Sinne des Wortes „ins Wasser“, also wurde noch am selben Tag, früh morgens eine Alternative organisiert.

Diese Alternative führte 14 Kinder und einige Mütter dann am 29.8.2016 ins Tagaluba Abenteuerland nach Hörsching. Zur Begrüßung gab's das schon sehr beliebte Überraschungssackerl, welches die Kinder mit Jause, trinken und Süßigkeiten während der rasanten Busfahrt versorgte. Die Kinder und auch die Mamas hatten im Tagaluba sehr viel Spaß auf dem „wilden Bullen“, den vielen Trampolinen und den Go-Karts. Es war ein sehr gelungener Feriennachmittag, der auch im kommenden Jahr wieder viele interessierte Kinder dazu einlädt.



SCHULTÜTENAKTION DER SPÖ

Eine riesige Freude hatten auch heuer die 8 Schulanfänger, die auch, wie schon die Schulanfänger im letztes Jahr, mit einer Schultüte und einem Familienplaner überrascht wurden.



Sozialdemokratische
Partei
Oberösterreich



„Die Politik darf nicht auf Kosten jener sparen, die ihre Unterstützung ganz besonders brauchen“, hält Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer fest.

DEBATTE UM DAS SOZIALBUDGET

Weiterentwicklung statt Leistungskürzungen

Ginge es nach der FPÖ, dann würde versucht werden, die Sanierung des Landesbudgets durch Kürzungen bei den sozialen Dienstleistungen und Angeboten des Sozial-Ressorts zu erreichen. Landesrätin Birgit Gerstorfer steht für einen anderen Weg. Sie bekennt sich zu einer wirtschaftlichen und treffsicheren Sozialpolitik, betont aber auch, dass weitere Kürzungen im Sozialbereich die Schwächsten unserer Gesellschaft treffen und setzt daher mit dem Projekt Sozial-Ressort 2021+ auf die Einbindung aller PartnerInnen im Sozialbereich mit dem Ziel, die soziale Wärme im Land zu erhalten.

IM AUFTRAG DES SOZIAL-RESSORTS werden Jahr für Jahr soziale Dienstleistungen für hunderttausende OberösterreicherInnen erbracht. Egal, ob es sich um die Betreuung, das Wohnen und die Arbeitsmarktteilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen, um die Pflege älterer MitbürgerInnen oder um den Schutz und die Fürsorge für Kinder und Jugendliche handelt: ein qualitativ hochwertiges und auf die individuellen Bedürfnisse der OberösterreicherInnen zugeschnittenes Angebot steht immer im Mittelpunkt.

STIEGENDE BEDARFE

Die demographische Entwicklung, aber auch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise stellen das Sozial-Ressort vor große Herausforderungen. Steigende Arbeitslosigkeit und ein wachsender Anteil an pflege- und betreu-

ungsbedürftigen OberösterreicherInnen in hohem Alter sind nur zwei Aspekte dieser Entwicklungen. „Die sozialen Dienstleistungen in Oberösterreich werden von den mit der Leistungserbringung beauftragten Sozialunternehmen hochprofessionell erbracht. Das gilt sowohl für die Qualität, als auch in Sachen der Wirtschaftlichkeit und Effizienz. Als Sozial-Landesrätin ist es meine Aufgabe, diese Prozesse laufend zu verbessern und weiterzuentwickeln. Ich verwehre mich jedoch gegen Polemik und pauschalen Forderungen, im Sozialbereich einzusparen. Eine solche Politik würde eine Budgetsanierung auf Kosten jener Menschen bedeuten, die ganz besonders auf Unterstützung angewiesen sind. Als Sozialdemokratin mache ich da nicht mit. Für mich steht der Mensch im Mittelpunkt“, betont Birgit Gerstorfer.

SOZIALRESSORT 2021+

VERHINDERT SOZIALEN KAHLSCHLAG

Um einen blauen Angriff auf die soziale Sicherheit und damit die Kürzung von Leistungen in der Altenbetreuung und Pflege, sowie im Bereich der Betreuung und Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verhindern und gleichzeitig die Treffsicherheit und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung weiter zu erhöhen, hat Gerstorfer das Projekt Sozial-Ressort 2021+ in Angriff genommen. Diese umfassende Evaluierung und Weiterentwicklung wird ab September 2016 in Angriff genommen. „Erst Nachdenken und dann konstruktive Lösungen entwickeln und feststellen, wie lange die Warteliste ist für jene, die zur Zeit kein Betreuungsangebot haben und dann solche schaffen. Dafür stehe ich als Sozial-Landesrätin“, so Gerstorfer.

Die teuersten Flüchtlinge

Das sind Steuerflüchtlinge, nicht die Menschen, die vor Krieg und Elend flüchten!

Die wirklich teuren Flüchtlinge sind die Reichen, Konzerne und Kapitalisten, die Spekulanten, die mit ihren Helfershelfern, den Fonds, Banken, Anlagenberatern usw. Steuerschlupflöcher nutzen, in Steueroasen flüchten oder die Regierung durch Lobbying zur Finanzierung der Bankenverluste bringen. Durch die Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria (HETA) werden die Steuerzahler, wird die Masse der Bevölkerung, weil die Reichen und Konzerne durch legale und illegale Tricks kaum Steuern zahlen, letztlich um rund 20 Milliarden Euro beraubt.

„Wir haben unseren guten Ruf wiederhergestellt“, sagte der ÖVP Finanzminister zur Hypo-Alpe-Adria/HETA-Lösung.

Ja bei den Kapitalisten ist der Ruf einigermaßen intakt, bei den arbeitenden Menschen ist der Vertrauensverlust riesengroß! Frech spielt sich mehr denn je die FPÖ, die eigentliche Verursacherpartei des 20-

Milliarden-Debakels, auf. Sie will als „Anwalt der kleinen Leute“ gelten, obwohl sie bei allen Gesetzen im Nationalrat, wo es um Soziales für die arbeitenden Menschen geht, für die Reichen und gegen die arbeitenden Menschen stimmt!

Österreich und seine privaten Stiftungen

Österreich ist aber laut Studie nach wie vor aufgrund seiner privaten Stiftungen und Treuhandschaften, dem Fehlen von Erbschafts- und anderer Vermögenssteuern und der Nähe zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Südosteuropas „Anziehungspunkt von zweifelhaftem Geld“.

Als Steuerschlupfloch ortet man vor allem die österreichische Spezialität der „verdeckten Treuhand“, bei der die wahren wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse unter gewissen Umständen nicht bekannt gegeben werden müssen. Das steht zudem in Kontrast zu der wiederholt



Franz Rauscher
FSG-Bezirksvorsitzender

von der Regierung vorgebrachten Forderung, EU-weite Trust-Register einzurichten.

Gruppenbesteuerung als Transparenzhemmnis

Die Gruppenbesteuerung ermöglicht es Unternehmen, weltweite Verluste hierzulande gewinnmindernd (steuermindernd) geltend zu machen. Im Rechnungshofbericht werden die entstandenen Kosten 2013 auf rund 450 Mio. Euro eingeschätzt.



Eltern von kranken Kindern haben viele Sorgen. Wir nehmen ihnen eine ab.

Die SPÖ hat durchgesetzt: Keine Selbstbehalte für Kinder im Spital

Bisher:
Bis zu 560 Euro pro Kind bei einem mehrwöchigen Aufenthalt im Krankenhaus

Ab 1.1.2017:
Keine Kosten für Eltern



Foto: Unsplash.com / Aaron Mello



Sozialdemokratische
Partei
Oberösterreich

Bezirksorganisation
Rohrbach



Die vielen Unterschriften der Unterstützer machen deutlich, wie wichtig und notwendig das Projekt Hallenbad ist.

Mehr als 3.000 Unterschriften für ein Bezirkshallenbad

WEIT ÜBER 3000 MENSCHEN haben bisher die Petition der SPÖ Bezirksorganisation für ein Hallenbad im Bezirk Rohrbach unterzeichnet. Die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines solchen Bades in der Region wurde damit einmal mehr bestätigt. „Die Zustände sind unerträglich“, sagen

„Als Mutter von zwei Buben ist es mir besonders wichtig, dass diese möglichst rasch schwimmen lernen. Nicht nur im Sommer oder im mehr als 45 km entfernten Hallenbad. Es geht um Spaß, gemeinsamen Sport und eine sinnvolle Freizeitgestaltung.“

BIRGIT P. AUS ST. STEFAN AM WALDE

Unterstützer, „nach Linz oder Bayern fahren zu müssen, um baden gehen zu können, ist einfach ein Wahnsinn.“ SP-Vorsitzender Bgm. Dominik Reisinger ist überwältigt vom großen Zuspruch: „Es kommen nach wie vor Menschen auf uns zu, die unsere Kampagne unterstützen und damit zeigen, wie wichtig ihnen dieses Projekt ist.“ Per Online-Petition wurden bis dato 471 Unterschriften gesammelt, der Rest er-

„Als Lehrerin muss ich leider feststellen, dass es momentan sehr schwierig ist, den SchülerInnen Schwimmunterricht anzubieten. Das kleine Hallenbad in Ulrichsberg ist meistens ausgebucht. Ein Hallenbad pro Bezirk ist für den gesundheitsfördernden Breitensport Schwimmen unerlässlich.“

REGINA E. AUS HASLACH

folgte im direkten Kontakt mit den Menschen – bei Veranstaltungen, Infoständen, vor Einkaufszentren etc.

NÄCHSTE SCHRITTE

Die Unterschriften werden an Hallenbadarbeitskreisleiter Bgm. Andreas Lindorfer übergeben. Rasch soll dann die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden, damit Finanzierungsgespräche mit dem Land OÖ aufgenommen werden können. „Die Unterschriften sollen eine Unterstützung sein und der Forderung nach mehr Geld für ein Hallenbad Nachdruck verleihen“, betont Reisinger, „für mich steht außer Frage, dass der Großteil der Investiti-

onskosten mit Landesgeldern finanziert werden muss. Da bedarf es einer großen Anstrengung seitens aller politischen Kräfte im Bezirk bis hin zum Vizekanzler.“

„Damit auch im ländlichen Raum Familien und vor allem Schulen den Zugang zu einem Hallenbad haben ohne dabei immer in den Ballungsraum flüchten zu müssen.“

MARKUS P. AUS ST. MARTIN

Die laufenden Kosten sollten dann von den Gemeinden solidarisch getragen werden. Auch hier erwartet sich Reisinger von seinen Kollegen ein klares Bekenntnis zur Mitfinanzierung. Nur so könne das Projekt realisiert werden.

„Meine Kinder lieben schwimmen und ich finde es schade dazu nach Passau, Linz oder Schallerbach fahren zu müssen.“

SANDRA W. AUS ST. MARTIN



Klein- und Mittelbetriebe können ohne Entlastung nicht mehr überleben.

Bild: Litzlbauer

Versicherungswert in der bäuerlichen Sozialversicherung muss angepasst werden

Die SPÖ Bauern fordern die Anpassung des Versicherungswertes in der bäuerlichen Sozialversicherung.

Derzeit zahlen Bauern mit einem niedrigen Einheitswert einen hohen und Bauern mit einem hohen Einheitswert einen niedrigen Sozialversicherungsbeitrag. Das ist nur in der bäuerlichen Sozialversicherung so. Bei allen anderen Sozialversicherungsanstalten zahlt jeder den gleichen Prozentsatz bis zur Höchstbemessungsgrundlage.

Die Versicherungswertberechnung ist die größte Ungerechtigkeit innerhalb der bäuerlichen Sozialversicherung.

Jedes Jahr sperren hunderte bäuerliche Betriebe zu, weil sie ihre

Existenz mit den Einnahmen aus der Landwirtschaft nicht mehr sichern können.

Hohe Betriebskosten und bürokratische Hürden begünstigen diesen Umstand. Eine Verbesserung der Erzeugerpreissituation von landwirtschaftlichen Produkten ist vorerst nicht in Sicht.

Derzeit wird der Versicherungswert aus dem Einheitswert wie folgt berechnet:

bis	€ 8.700,--	EHW	20,80 %
ab	€ 8.800,--	EHW	16,90 %
ab	€ 11.000,--	EHW	11,70 %
ab	€ 14.600,--	EHW	9,49 %
ab	€ 21.900,--	EHW	7,02 %
ab	€ 29.100,--	EHW	5,20 %
ab	€ 36.400,--	EHW	3,90 %
ab	€ 43.700,--	EHW	2,99 %

Durch die Anpassung des Versicherungswertes könnte eine notwendige Entlastung für Klein- und Mittelbetriebe erreicht werden.

Seit Jahrzehnten hat sich bei der Berechnung des SV-Beitrages nichts verändert.

Die Landwirte bis zu einem EHW von € 8.700 haben mit 20,80 % den höchsten Beitrag zu leisten. Ab dieser Grenze vermindern sich die Beiträge bis zu 2,99 % bei einem EHW von 43.700.

Dieses System gibt es nur in der Sozialversicherung der Bauern. Bei allen anderen Sozialversicherungsträgern ist der Prozentsatz bis zur Höchstbemessungsgrundlage gleich.